

Koalitionsvertrag SPD und Grüne vom 15. April 2015 – Bilanzierung der Aussagen durch den BUND Hamburg

Seite	Aussagen im Koalitionsvertrag	Ergebnisse und Trend seit Amtsübernahme im April 2015	Bewertung
41, 63	Weniger Luftschadstoffe, Luftreinhalteplan innerhalb von zwei Jahren	Keine Reduktion der Stickoxid-Belastung erkennbar. Der neue Luftreinhalteplan soll trotz rechtskräftiger Verurteilung der Stadt erst Anfang 2018 beschlossen werden.	
41	Einhaltung der Lärmgrenzwerte	Regelhafter Einsatz von lärmmindernder Deckschicht SMA8 [- 2 dB (A)] bei Straßensanierungen; nächtliche (22:00 - 06:00 Uhr) Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 bei drei von 40 prioritären lauten Straßen. Weitere zehn Straßenabschnitte sollen im Sommer 2016 folgen. Förderprogramm für passive Schallschutzmaßnahmen ist in Arbeit. Umfang und Umsetzungszeitraum sind noch nicht festgelegt.	
66	Mehr Anstrengungen im Klimaschutz; weniger CO ₂	Der neue Hamburger Klimaplan wurde Ende 2015 vorgelegt und eine 50 % - Einsparziel für 2030 festgelegt; 20 Mio. Euro stehen zusätzlich für energetische Sanierung öffentlicher Gebäude bis 2020 bereit. Eine aktuelle Berechnung der Hamburger CO ₂ -Emissionen liegt noch nicht vor.	
34	Stadtverträglicher Flughafen, Umsetzung 16-Punkte-Plan, besserer Lärmschutz, leisere Flugzeuge weniger Gebühren, Lärmschutz verbessern; Allianz für den Lärmschutz	Die Umsetzung des 16-Punkte-Plans zur Lärmreduzierung ist noch nicht abgeschlossen, die Beschwerden über Fluglärm nehmen zu. Das Gebührensystem für leisere Flugzeuge hat keine belastbare Lenkungsfunktion.	
67, 68	Wärmewende: ökologisch soziale Wärmepolitik; höhere Einspeisung „Erneuerbare Wärme“; keine Ertüchtigung des Kohlekraftwerks Wedel	Die Ertüchtigung des Kohlekraftwerks Wedel soll entgegen der Koalitionsaussage doch erfolgen. Es gibt keine neue Veröffentlichung zur Wärmeplanung / keine erhöhte Einspeisung „Erneuerbarer Wärme“.	
69	Energiewende: Verdopplung der installierten Leistung Windkraft auf 120 MW	Derzeit sind Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von ca. 63 MW installiert (55 Anlagen); Zubau von weiteren 15 MW (Repowering/neue Anlagen) in Planung.	
63	Steigerung der Recyclingquote	Die Restmüllmengen sind rückläufig; es werden mehr Behälter zur Getrenntsammlung aufgestellt (Papier, Biotonne, Wertstofftonne). Start einer Abfall-Vermeidungskampagne in 2015. Aktuelle Recyclingquoten sind noch nicht berechnet (33 % in 2013; SKA 20/11531)	

25	Tideelbe: Es erfolgt eine konsequente Umsetzung der einschlägigen Maßnahmenkataloge nach Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und des Integrierten Bewirtschaftungsplans (IBP). Es wird ein konkreter Umsetzungsfahrplan erstellt und ausreichenden Finanzmittel bereitgestellt. Die Wassergüte soll zeitnah verbessert werden.	Eine konsequente und <u>zeitnahe</u> Umsetzung der Vorgaben der WRRL-Maßnahmenkataloge und des IBP ist nicht erkennbar (s. a.: www.natura2000-unterelbe.de). Aktuell soll eine Ästuarpartnerschaft etabliert werden, um Maßnahmen zu priorisieren und für Akzeptanz entlang der Tideelbe zu sorgen. Die Konstruktion ist noch ebenso offen wie die zwingend erforderliche Mitwirkung von Schleswig-Holstein und Niedersachsen	
62	Straßenbäume: Nachpflanzdefizit reduzieren	Verdreifachung der Finanzmittel für Straßenbäume (von 500.000 auf 1,5 Mio.); 600 zusätzliche Straßenbäume in 2016.	
64	Maßnahmen sollen im Naturschutz intensiviert sowie Pflege- und Entwicklungspläne (PEP) für die Naturschutzgebiete sollen erstellt bzw. aktualisiert werden.	Budget vorhanden, die Pflege- und Entwicklungspläne werden bearbeitet. Drei neue Naturschutzgebiete ((Volkisdorf, Allermöhe, Neuland) sind geplant Davon sollen bereits zwei in 2016 ausgewiesen werden.	
64	Keine Bebauung von Landschaftsschutzgebieten (LSG), Landschaftsachsen, Grünen Ringen und des Biotopverbundes	Mehr als 130 Hektar in laufenden B-Plänen gehen zu Lasten von LSG; Weitere Planung von Flüchtlingsunterkünften mit Perspektive Wohnen zu Lasten von LSG.	
65	Verdoppelung Ökoobstanbau; signifikante Vergrößerung der Anbaufläche ökologisch bewirtschafteter Flächen in Gartenbau / Landwirtschaft	Neuer Fördertopf bei der BWVI für Regionalvermarktung ab 2016 aufgelegt; Derzeit keine Zunahme der Öko-Anbauflächen erkennbar (Obstbau: 175 ha , 8 Betriebe, Stand 03/2016);	
71	10 Prozent des städtischen Waldes sollen aus der Nutzung genommen werden.	Es wird für 2017 eine Waldfunktionskarte erstellt, die als Entscheidungsgrundlage für die Herausnahme von Waldflächen herangezogen werden soll. Allerdings wird bereits jetzt bei ca. 9,5 % der städtischen Waldflächen auf eine Nutzung verzichtet (SKA 21/3940).	

Bewertung:

-  Positiver Trend, Festlegung im Koalitionsvertrag wird (weitgehend) umgesetzt
-  Noch keine Aussage nach einem Jahr Regierungszeit möglich
-  Politisches Handeln steht im Widerspruch zu den Aussagen im Koalitionsvertrag